

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Ausschuss für Verwaltungsreform, Kommunikations- und Informationstechnik

52. Sitzung

24. Juni 2010

Beginn: 9.31 Uhr
Ende: 11.55 Uhr
Vorsitz: Henner Schmidt (FDP)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 (neu) der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Gesetz über die Anwendung des Binnenmarkt-informationssystems im Land Berlin
(Binnenmarktinformationsgesetz – BMInfG)
Drs 16/3266

[0195](#)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung (alt 2)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ausgabe des „berlinpasses“ vereinfachen!
Drs 16/2684

[0166](#)

Hinweis:

Hierzu wird um die Anwesenheit eines politischen Vertreters/einer Vertreterin der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gebeten.

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung (alt 3)

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Aufbau eines WLAN-Netzes in Berlin

[0164](#)

Hierzu:
Anhörung (auf Antrag der Fraktion der CDU)

Die Fraktionen im Ausschuss werden gebeten, ihre Benennung der Anzuhörenden dem Ausschussbüro bis spätestens 17. Juni 2010 mitzuteilen.

Vorsitzender Henner Schmidt: Dann kommen wir zum Punkt 4 der Tagesordnung Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs Aufbau eines W-LAN-Netzes in Berlin. Dazu erfolgt eine Anhörung auf Antrag der Fraktion der CDU. Wir können anfangen, ich habe gesehen, dass die Anzuhörenden bereits alle da sind. Ein-geladen und benannt worden sind von der Fraktion der CDU ein Vertreter des Verbandes der Software-, Informations- und Kommunikationsindustrie in Berlin und Brandenburg (SIBB e. V.), Dr. Ortwin Wohlrab. Kommen Sie bitte nach vorn! – Von der Fraktion der Grünen wurde ein Vertreter von freifunk.net, Jürgen Neumann, geladen. – Bitte denken Sie daran, das Mikrofon zu benutzen, da wir von diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll anfertigen! – Zur Begründung für die Besprechung hat die antragstellende Fraktion das Wort, bitte!

Dr. Peter-Rudolf Zotl (Linksfraktion): Ich habe eine Frage: Gibt es eine Präsentation, weil hier ein Beamer steht? Wir haben Studentinnen und Studenten der Fachhochschule hier. Vielleicht könnten die ihre Plätze wechseln, sodass sie das ebenfalls sehen könnten?

Vorsitzender Henner Schmidt: Gibt es eine Präsentation?

Jürgen Neumann (freifunk.net): Ich habe eine kurze Präsentation.

Vorsitzender Henner Schmidt: Dann hören wir erst einmal die Begründung. Wenn die Vorführung läuft, dann können Sie gern von dahinten nach hier vorn kommen, damit Sie einen Blick auf das werfen können, was hier vorgeführt wird.

Andreas Statzkowski (CDU): Ich möchte mit einer technischen Begründung einleiten. Ich weiß, dass das ungewöhnlich ist, aber ich halte es trotzdem für wichtig. – Nachdem unser Antrag zum Thema WLAN in diesem Fachausschuss durch Zeitablauf nicht rechtzeitig behandelt werden konnte, haben wir uns der Chance beraubt, uns auch inhaltlich mit dem Thema WLAN in dem Maß, wie wir es für notwendig und sinnvoll erachteten, auseinanderzusetzen. Deswegen haben wir es begrüßt, dass wir hier und heute eine Anhörung vornehmen, in der wir über die Möglichkeiten, Chancen und die verschiedenen technischen Möglichkeiten eines Ausbaus eines WLAN-Netzes in Berlin diskutieren und dazu Fachleute anhören können. Ich bin gespannt darauf, was die heutige Anhörung erbringen wird und ob und inwieweit wir in Berlin die Chancen, die unsere Stadt diesbezüglich bietet und die in anderen Städten bereits genutzt werden, wahrnehmen und welche Auffassung unsere Fachleute uns zu diesem Thema darstellen werden.

Vorsitzender Henner Schmidt: Vielen Dank, Herr Statzkowski! – Der Senat verzichtet auf seine Stellungnahme. – Dann wäre es sinnvoll, Herr Neumann, wenn Sie mit der Vorstellung beginnen würden. Wenn Sie dahinten zusehen wollen, dann kommen Sie ruhig nach vorn.

Jürgen Neumann (freifunk.net): Mit diesem Notebook funktioniert mein USB-Stick nicht, weil ich ihn nicht hineinstecken kann. Aber vielleicht kann ich ein anderes Notebook haben.

Vorsitzender Henner Schmidt: Dann bitte ich erst einmal Herrn Wohlrab ans Mikrofon. In der Zwischenzeit können wir das Problem mit dem Notebook lösen. – Bitte!

Dr. Ortwin Wohlrab (Verband der Software-, Informations- und Kommunikationsindustrie in Berlin und Brandenburg): Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren Parlamentarier! Meine

Damen und Herren! Das Thema WLAN in Berlin ist eines, das der Verband der Software- und Kommunikationsindustrie quasi vor zehn Jahren aufgegriffen hat. Das war die Zeit, in der alles in Richtung WLAN ging, dass man nicht nur auf die festen Netze zurückgriff. Die Idee war damals, dass man das, was man heute „Hotzone“ nennt, quasi eine „Berlin-City-Hotzone“ aufbaut und damit eine Infrastruktur schafft, die zukunftsweisend und innovativ ist. Zu dem Zeitpunkt war es leider so, dass immer dann, wenn man etwas über Infrastruktur sagte, jeder an Straßen, S-Bahn und alles mögliche, aber nicht an moderne Infrastrukturen dachte. Aber genau das sollte eigentlich einen Innovationsschub für Berlin bedeuten.

Schaut man sich die Situation im Augenblick an, so kann Folgendes gesagt werden: Wir haben in Berlin ein sehr gut ausgebauts UMTS-Netz. Natürlich ist das viel langsamer als eine WLAN-Verbindung, aber es gibt auch dort Fortschritte. Die UMTS-Verbindungen werden mittlerweile schneller. Wir haben eine Unmenge von Hotspots in der Stadt. Wenn man sich das ansieht, dann haben wir hier ähnliche Größenordnungen wie – prozentual auf die Einwohner gesehen – in Tokio oder in Seoul. Das heißt, da ist schon einiges passiert. Diese beiden Dinge scheinen im Augenblick zumindest aus meiner Sicht von Bedeutung. – Diese eigentlich sehr gute Idee – wenn man sie zu den Weltmeisterschaften vor vier Jahren gehabt hätte, wäre das wirklich ein Knaller gewesen, dann hätte man wirklich weltweit zeigen können, wie innovativ Berlin ist, aber jetzt ist die Fußball-Weltmeisterschaft nicht hier, sondern in Südafrika – ist deshalb aus meiner Sicht jetzt vielleicht etwas überholt.

Ich möchte ein paar Worte dazu sagen, was man eigentlich braucht, um solch eine Hotzone komplett aufzubauen und etwas zu schaffen, dass diese Hotspots untereinander so kommunizieren, dass man zumindest in der Innenstadt flächendeckend über WLAN kommunizieren kann. Man benötigt erst einmal eine klassische Infrastruktur in irgendeiner Form. Man braucht Häuser, irgendwelche Installationen, die einem gehören, bei denen man hingehen kann und die WLAN-Komponenten, die sogenannten Access-Points, aufbauen kann. Wenn man sich Beispiele aus der Privatwirtschaft ansieht, dann gibt es das durchaus. Nehmen wir einmal ein gutes Beispiel, nehmen wir McDonald's. McDonald's und die Telekom haben zusammen überlegt: Wie können wir beide davon profitieren, dass Kunden bei uns nicht nur essen, sondern zugleich mit dem WLAN und ihrem Laptop kommunizieren können? Da sieht man, dass es eine Win-win-Situation ist. Wir finden die Hotspots vorwiegend in Hotels, Restaurants, am besten in Ketten, denn dann kann der Kunde, wenn er den entsprechenden Zugriffscode hat, auch die Filiale des McDonald's wechseln und muss nicht immer in der selben Stelle seinen Mac essen, kann aber stets die WLAN-Funktionalitäten nutzen. Also es ist eine Win-win-Situation für beide. Das vorausgesetzt scheint ein Geschäftsmodell zu sein, das funktioniert. Wenn ich das aber flächendeckend machen müsste, dann gibt es kein privates Unternehmen, was das leisten kann. Es gibt keinen, der so viele Access-Points aufbauen kann, sodass er eine gesamte Innenstadt abdecken kann.

Da gibt es eigentlich nur die öffentliche Hand. Da gibt es Möglichkeiten, das ist auch im Einzelnen untersucht worden. Es gibt Vorschläge, es gibt ein Projekt, das man starten wollte. Man nimmt einfach die Ampeln und zusätzlich, dann erhält man noch eine bessere Abdeckung, die Straßenlaternen, und dann ist es das. Jetzt fängt allerdings das Problem erst richtig an, denn dann beginnt die Bürokratie zu überlegen: Geht das überhaupt? Kann man bei wichtigen Kreuzungen so eine Ampel einfach mit einem Access-Point versehen? Stört das nicht, verhunzt das nicht die schönen Laternen, weil da oben eine Antenne heraussieht? In dem Moment, in dem diese Diskussion begonnen hat, war kein Investor mehr bereit, etwas zu tun, denn damit hat er keine Planungssicherheit mehr, er weiß nicht, wie lange der gesamte Prozess dauert, ehe er überhaupt die Möglichkeit hat. Und das sind ja Summen, die dahinterstecken! Deshalb habe ich die Befürchtung, dass es niemanden geben wird, der dieses Investment bei dieser Planungsunsicherheit durchführen wird, zumal es andere Technologien gibt, mit denen man ähnliche Effekte erreichen kann. So ein Unternehmen, auch wenn es die Telekom ist, kann nicht beliebig investieren. Diese Effekte sind zwar nicht so kundenfreundlich – jeder muss sich unterschiedlich anmelden, wenn er in verschiedenen Cafés ist, oder er muss, wenn er mit UMTS unterwegs ist, nach wie vor relativ hohe Gebühren bezahlen, selbst wenn sie günstig sind. Er hat darüber hinaus auch nicht die Möglichkeit, bestimmte Medienangebote über Internet zu bekommen. Da reicht zumindest im Augenblick die Bandbreite von UMTS nicht aus. Das heißt, wenn ich das aus Sicht des Unternehmers überlege, stelle ich folgende Fragen: Habe ich Planungssicherheit, wenn ich das machen will? – Das sehe ich zurzeit infrage gestellt. Welche anderen Investitionen tätige ich im Augenblick? Da gebe ich schon genug Geld aus und erreiche auch den erforderlichen Profit, den ich erreichen will? Auf welche Partner kann ich setzen? – Da ist es höchstwahrscheinlich sehr viel einfacher, mit McDonald's einen Vertrag zu machen

als mit dem Land Berlin. Das soll jetzt nicht heißen, dass die genannten Gründe keine vernünftigen waren. Das kann ich nicht beurteilen. Es ist einfach so, dass es dadurch wesentlich komplexer wird.

Es gibt einige Beispiele – das wird auch kurz angesprochen – in anderen Ländern. Ich habe es selbst einmal in Tallin erlebt. Dort gibt es zumindest in der Innenstadt ein flächendeckendes Netz. Das ist natürlich fantas-tisch. Nun haben die dort andere Voraussetzungen. Die Stadt ist kleiner, außerdem haben sie auf der grünen Wiese angefangen und hatten zu dem Zeitpunkt noch kein komplett ausgebautes Festnetz. Sie haben quasi eine Technologiestufe übersprungen und hatten dann den Vorteil, mit dem moderneren, dem innovativeren anfangen zu können. Ich kenne dann eine Reihe von gescheiterten Beispielen. Zum Beispiel gab es in London eine Firma Cloud, die versucht hatte, ein Netz aufzubauen. Ungefähr fünf bis zehn Pfund musste man dort pro Tag bezahlen. Das hat nicht funktioniert. Es gibt Beispiele aus Spanien, wo man ganz bewusst nicht in die Großstädte gegangen ist, sondern in Randgebiete, um dort eine Infrastruktur aufzubauen. Ich glaube, Alcatel steckte dahinter. Das hat auch nicht funktioniert. Wenigstens hat man ab einem bestimmten Zeitpunkt nichts mehr davon gehört. Dann gibt es in Asien – nun sind die Asiaten relativ innovationsfreudlich – sehr viele kleinere Dinge, aber auch nichts Flächendeckendes. Meines Wissens nach gibt es weder in Seoul noch in Tokio flächendeckende Netze, sodass man quasi mit dem Laptop von hier bis zum Potsdamer Platz oder vielleicht nur bis zum Brandenburger Tor laufen könnte ohne sich wieder neu anmelden bzw. neue Da-ten nutzen zu müssen. – So viel von meiner Seite.

Vorsitzender Henner Schmidt: Vielen Dank, Herr Dr. Wohlrab! – Bei Herrn Neumann funktioniert, glaube ich, jetzt die Technik wieder. – Bitte sehr!

Jürgen Neumann (freifunk.net): Ja! – Erst einmal möchte ich mich Herrn Dr. Wohlrab anschließen, dass es viele Beispiele für gescheiterte Versuche gibt, privatwirtschaftlich flächendeckende WLAN-Infrastrukturen aufzubauen. Das hat verschiedene Gründe. Der wichtigste Grund ist, dass die Technologie WLAN eine sehr geringe Reichweite hat. Wenn man überlegt, in der Fläche von Berlin so ein Netzwerk aufzubauen, heißt das, dass man viele Tausend Access-Points benötigen würde. Sie müssten installiert und gewartet werden. Der Return-on-Investment ist äußerst fragwürdig und eigentlich gibt es – Sie sagten es bereits – kaum Beispiele dafür, dass es erfolgreich funktioniert hat.

Seit ungefähr Anfang 2000 gibt es eine globale Bewegung, die durch bürgerschaftliches Engagement WLAN-Netze errichtet. Der große Unterschied zu einem Top-down-Approach ist, dass sich die Bevölkerung selbst an der Errichtung der Infrastruktur beteiligt. Ich möchte in meiner kurzen Präsentation erläutern, welche wichtigen Unterschiede und Voraussetzungen es gibt und wie das technologisch funktioniert. Am Ende möchte ich erläutern, wie ich mir vorstelle, dass man das gemeinsam mit der Stadt und eventuell mit privaten Investoren zusammen stemmen könnte. Ich halte das für möglich.

Kurz eine Erklärung, was Freifunk ist: Sie können das lesen, ich werde noch kurz etwas dazu erzählen. – Wir haben 2003 Freifunk in Berlin gegründet. Nach der Wiedervereinigung gab es im Ostteil der Stadt durch die OPAL-Problematik viele Stadtteile, die keinen DSL-Anschluss hatten. Viele Leute, gerade junge, kreative Menschen im Prenzlauer Berg oder in Friedrichshain, brauchten aber dringend einen Internetanschluss. Zum damaligen Zeitpunkt konnte die Telekom das aber nicht liefern, und UMTS war noch nicht verfügbar. So haben Leute in eigenem Engagement angefangen, über WLAN Verbindungen zu Internetprovidern aufzubauen und so Stück für Stück in den Stadtteilen ihre eigene Infrastruktur per WLAN zu errichten. Freifunk versteht sich als Projekt, das anderen Leuten, die selbst Netzwerke errichten wollen, dabei hilft, das zu tun. Einerseits durch Bildung, das heißt, wir schulen die Leute, erklären, wie die Technologie funktioniert und helfen ihnen unter dem Stichwort Hilfe zur Selbsthilfe, solche Netze zu errichten. Zum anderen haben wir selbst eine Firmenware, eine Software entwickelt, die man auf handelsübliche WLAN-Access-Points installieren kann und die dann dafür sorgt, dass sich die Geräte untereinander vernetzen. Was genau damit gemeint ist, möchte ich mit den nächsten Folien erläutern.

Ein typischer Access-Point arbeitet in einem bestimmten Modus. Er bedeutet, dass Geräte oder Endgeräte, wie z. B. Notebooks oder mittlerweile mobile Telefone sich mit diesen Access-Points verbinden können. Ein klassischer Hotspot ist ein Access-Point, der selbst über einen Internetanschluss verfügt und in dessen Reichweite man sich dann über diesen Access-Point mit dem Internet verbinden kann. Hier – rechts ange deutet, auch in der Mitte – sind zwei weitere Geräte, die sich jetzt z. B. außerhalb der Funkweite dieses Access-Points befinden. Weil sie zu weit entfernt sind von dem Access-Point, können sie sich nicht mit ihm verbinden.

Was Freifunk schon sehr früh technologisch erforscht und weiterentwickelt hat, ist die sogenannte Mesh-Technologie. Das bedeutet, dass sich Access-Points miteinander vernetzen. Daraus entsteht ein Netzwerk, das sich quasi mehr oder weniger selbst organisiert. Es reicht, so ein Gerät aufzustellen. Wenn sich dann andere Geräte in der Reichweite befinden, vernetzen sie sich untereinander völlig selbstständig. Wie das funktioniert, dafür haben wir ein Beispiel aus Kreuzberg. Das könnte überall sein, das ist egal. Sagen wir, eine Bürgerin, ein Bürger verfügt über einen Internetanschluss und installiert einen Access-Point, der mit einer meshingfähigen Freifunkfirmenware versehen ist. Dann kann ein Nachbar oder eine Nachbarin sich solch einen Access-Point kaufen. Er kostet zwischen 25 und 40 Euro. Er installiert dort diese Freifunkfirmenware, und dieser Access-Point verbindet sich dann mit dem schon existierenden Access-Point.

Das funktioniert natürlich auch in eine andere Richtung. Jetzt kommt aber der besondere Clou: Auch eine weitere Person, die sich selbst nicht mehr in der Reichweite des originären Access-Point oder Hotspots befindet, kann sich nämlich über diese vernetzte Infrastruktur automatisiert mit dem gesamten Netz verbinden. Endgeräte wie die beiden Notebooks, die Sie ganz links im Bild sehen, hätten dann über das vermeiste Netzwerk noch immer Zugang zum Internet. Das funktioniert so, dass jeder und jede, die dort mitmachen wollen, sich einfach ein Gerät kaufen müssen, es bei sich installieren, wobei Installation im einfachsten Fall auch heißen kann, dass ich es auf mein Fensterbrett stelle. Wenn sich andere Access-Points in Funkweite befinden, vernetzen die sich dann völlig selbstständig miteinander.

So entsteht dann ein großes Netzwerk. In Berlin gibt es über 2 000 solcher Access-Points, die in den letzten Jahren installiert wurden. Sie müssen nicht alle miteinander verbunden sein, es reicht – wir sprechen da von einer Mesh-Wolke –, wenn es sehr lokal ist. Es kann in einem Hinterhof oder auch sehr groß sein und mehrere Hunderte Geräte in einer einzelnen Mesh-Wolke umfassen.

Das war meine kurze technologische Präsentation. In Deutschland gibt es Freifunkinitiativen mittlerweile fast in jeder größeren Stadt, aber besonders in den neuen Bundesländern, in den ländlichen Regionen, wo es

bis heute keinen DSL-Anschluss gibt. Auch außerhalb Deutschlands hat Freifunk große Bedeutung errungen. Wir arbeiten mit einem technologischen Institut in Südafrika zusammen, wir haben einen Kooperationspartner in Indien und in vielen anderen Ländern. Sie alle stehen auch vor der Frage, wie flächendeckende WLAN-Strukturen aufgebaut werden können, ohne selbst die gesamten Kosten stemmen zu müssen und unter Einbeziehung der Bevölkerung, um möglichst schnell, erfolgreich und kostengünstig solche Netze errichten zu können. Wir arbeiten auch mit verschiedenen Forschungseinrichtungen zusammen, u. a. mit dem Fraunhofer-Institut und dem T-Lab. An verschiedenen Berliner Universitäten ist die Technologie, die bei Freifunk entwickelt wurde, heute Bestandteil der Lehre und Forschung. Das funktioniert sehr stabil, es ist technisch ausgereift. Wir würden uns wünschen, dass unter Einbeziehung der Stadt und der Privatwirtschaft, insbesondere der Internettwirtschaft, ein gemeinsames Projekt initiiert würde, das die Bevölkerung in dieses Projekt integriert und wir sozusagen als gemeinsame Public-Private Partnership versuchen, die Leute dazu zu animieren, sich an solch einem Projekt zu beteiligen.

Vorsitzender Henner Schmidt: Dann eröffne ich die Aussprache. Es beginnt Herr Ziller. – Bitte!

Stefan Ziller (Grüne): Vielen Dank für die beiden Vorträge. Ich fand es sehr spannend. – Ich möchte zuerst eine Nachfrage stellen. Vielleicht können Sie ja beide dazu etwas sagen.

Technologie, technologische Souveränität, technologischer Fortschritt: Wir hatten ja gestern oder vorgestern die große netzpolitische Rede unseres Bundesinnenministers, der in einer seiner Thesen sehr deutlich gemacht hat, dass es auch darum geht, dass unser Land technologisch mithält. Wie schätzen Sie das ein, wenn Berlin beispielhaft als größere Stadt so ein Projekt stemmt oder auf den Weg bringt. Spielt das international technologisch eine Rolle um uns in gewisser Weise nach vorn zu bringen, oder ist das völlig irrelevant für die Nachwelt, was Berlin an der Stelle macht? Meine Meinung ist, dass es Berlin gut anstünde, in Richtung Technologiehauptstadt zu zeigen, was man auf die Beine stellen könnte und die in der Stadt ansässigen Forschungs- und Wissenschaftslandschaft ein bisschen einzubinden.

Eine zweite These, die unser Bundesinnenminister in seiner Rede aufgestellt hat, ist die Frage staatlicher Grundversorgung von Internet und Kommunikations- und Infrastruktur. Ich fand es bemerkenswert, dass er das als staatliche Aufgabe definiert. Meine Frage an Sie beide lautet: Wie schätzen Sie es ein, ist WLAN noch eine Technologie, die man für so etwas benutzen kann, oder sollten wir alles auf UMTS setzen wie der Senat ja vermutet und WLAN rauslassen? Vielleicht könnten Sie noch einmal darstellen, wo möglicherweise der Vorteil von WLAN liegt, ob der vielleicht nur noch ein halbes Jahr besteht und dann sowieso überholt ist. Das ist ja eine Debatte, die wir hier in Berlin in letzter Zeit immer wieder haben.

Dann will ich, weil wir ja in der Fragerunde sind, noch ein paar Sachen zu dem sagen, was schon in der Vordebatte gesagt wurde. Ein Argument der Regierungskoalition war immer: Wir brauchen das nicht mehr, weil alle jetzt Flatrateverträge haben. Ich habe gestern oder vorgestern eine Kleine Anfrage zurückbekommen, in der ich nach dem WLAN im Regionalverkehr gefragt habe, weil solche Angebote inzwischen in anderen Ländern zunehmen. In Skandinavien funktioniert es relativ gut. Wenn man mit dem ICE nach Kopenhagen fährt und das Glück hat, das solch ein Regionalzug neben einem hält, dann hat man unter Umständen auch einmal Internet. Da freut man sich dann, fragt sich aber auch, warum das in Deutschland nicht funktioniert. Der Senat sagt relativ klar: Wir gehen davon aus, dass alle, die das benötigen, eine Flatrate haben. Profitieren würden nur diejenigen, die das nicht haben. Das ist es uns nicht wert. – Meine Frage wäre deshalb an Sie, ob Sie diese Grundeinschätzung teilen. Ich glaube, es ist fatal, weil wir ja auch Hartz-IV nicht abschaffen, nur weil es andere Menschen gibt, die genug Einkommen haben. Das ist für mich eine ähnliche Argumentation. Ich bin der Überzeugung, dass wir da nicht weiterkommen. Deshalb bin ich sehr froh und dankbar, dass Sie das so vorgetragen haben.

Ich denke auch, dass der letzte Ansatz, dass man das in Berlin gemeinsam macht, sinnvoll ist. Ein Akteur allein schafft das für Berlin nicht. Das haben Sie, glaube ich, deutlich gemacht, dass weder die Privatwirtschaft noch die öffentliche Hand allein so ein Netz oder solch ein technologisches Projekt auf den Weg bringen können. Berlin ist eine Stadt, die ein Potenzial hat, so etwas gemeinsam mit anderen auf den Weg bringen zu können. Da würde ich mir wünschen, dass auch die Politik oder der Senat und die Verwaltung ihren Beitrag dazu leisteten, sozusagen einen Sprung ins Leben 2.0 zu machen und nicht einfach stehenzubleiben.

Vorsitzender Henner Schmidt: Danke, Herr Ziller! – Herr Statzkowski, bitte!

Andreas Statzkowski (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Ich bin positiv überrascht über die sehr staatstragenden Fragen meines Kollegen. Ich kann nahtlos daran anknüpfen und stelle ein Höchstmaß an Übereinstimmung in den Aussagen fest. Das freut mich sehr.

Auch unsere Fraktion beschäftigt der Zugang zu einem niederschwelligen Internetzugang nachdrücklich. Wir haben dazu eine Kleine Anfrage gestellt, die sich auf die von Einwohnern wie auch Gästen genutzte Anzahl von Hotspoteinrichtungen im Land Berlin bezog. Aktuell liegt die Antwort auf eine Kleine Anfrage zum Thema Internetanschlüsse in Stadtbüchereien vor. Das ist aus meiner Sicht etwas, was durch die Niederschwelligkeit des Internetzugangs für weite Bevölkerungskreise von großer Bedeutung ist, um auch von öffentlicher Hand aus, dieser Nachfrage auch nur annähernd gerecht werden zu können. Wir wissen, in welch schwieriger finanzieller Situation sich die Berliner Bezirke befinden und dass an der einen oder anderen Stelle die Bibliotheken darunter zu leiden haben. Da gibt es einen direkten Zusammenhang.

Aber kommen wir zurück zu dem eigentlichen Thema, mit dem wir uns heute beschäftigen. Da hätte ich ein paar Fragen. – Zunächst einmal, Herr Wohlrab, Sie sprachen das Thema Planungssicherheit an. Vermutlich würden Sie mir recht geben, wenn ich so formulieren würde, dass wir hier an der richtigen Stelle sind, um über die Planungssicherheit zu diskutieren, denn sie wäre eine Voraussetzung, die das Land Berlin in irgendeiner Form schaffen könnte, um dieses oder andere Modelle – ich will mich technisch nicht auf eines festlegen – realisieren zu können. Man müsste also, wenn man möchte, dass Berlin nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern vielleicht auch weltweit eine führende Stelle einnimmt, über die Planungssicherheit vonseiten des Landes Berlin debattieren und überlegen, wie diese Sicherheit hergestellt werden kann.

UMTS, auch eine Frage, die der Herr Kollege schon mitangesprochen hat. Natürlich beschäftigt sie uns genauso wie alle Personen, die sich aus politischer oder technischer Sicht mit dieser Frage auseinandersetzen. Sind inzwischen Fortschritte erkennbar, dass sich der Bereich WLAN oder andere Formen des Internetzugangs tatsächlich erübrigen werden? Sie haben auf bestimmte Probleme hingewiesen, die durchaus erkennbar sind. Da hätte ich gern noch weitere Auskünfte.

Die dritte Frage geht insbesondere an Herrn Wohlrab, aber ich denke, auch Herr Neumann kann etwas dazu beitragen. Wenn ich Sie recht verstanden habe, Herr Neumann, sehen Sie den Richtfunk nicht in Opposition zum WLAN, sondern sehen im Prinzip sogar die Möglichkeit der Zusammenarbeit. Das finde ich extrem spannend. Vielleicht können Sie noch einmal erläutern, in welchen Bereichen Sie sich diese Zusammenarbeit vorstellen. Was für einen Beitrag kann die Internetindustrie leisten, um den von Ihnen beschriebenen Zielen gerecht und den Ausbau weiter voranzutreiben zu können? Das ist eine zentrale Frage. Vielleicht können Sie uns da noch etwas auf die Sprünge helfen. Wir beschäftigen uns ja schon seit längerer Zeit im Parlament an den unterschiedlichsten Stellen mit diesem Thema. Vielleicht gibt es auf unseren Gesprächsebenen Möglichkeiten, das eine oder andere in irgendeiner Form mitzubefördern. Es ist jedenfalls ein Thema, mit dem sich – wie Sie sehen – mehrere Fraktionen intensiv beschäftigen. Es ist nicht nur eine entscheidende Frage der Wirtschaftsfreundlichkeit unserer Stadt, sondern auch ihrer Weiterentwicklung und der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Eine weitere Frage, die – glaube ich – bisher hier im Parlament noch keine Rolle gespielt hat, die ich aber schon fast kritisch hier noch anfügen möchte: Es ist die nach den rechtlichen Implikationen. Da liegen inzwischen gewisse Urteile vor. Da hätte ich gern von Ihnen beiden, durchaus mit der gebotenen Vorsicht, eine Bewertung, so weit Ihnen das möglich ist. Ist das eine Gefahr für die Modelle WLAN/Richtfunk oder für ein Gesamtmodell einer Niederschwelligkeit des Internetzugangs in unserer Stadt? Wo sind da die Untiefen? Gibt es Lösungen aus diesen rechtlichen Problemen heraus?

Letzter Punkt: Es gibt nach wie vor durchaus Hinweise von Firmen, die davon ausgehen, dass WLAN als Geschäftsmodell nach wie vor möglich ist. Wie würden Sie das bewerten? Halten Sie das ebenfalls für realistisch und machbar? Wir haben jetzt gehört, dass im Innenstadtbereich ungefähr 1 000 Einrichtungen aufgebaut und gewartet werden müssten. Halten Sie solche Geschäftsmodelle grundsätzlich für möglich?

Vorsitzender Henner Schmidt: Danke, Herr Statzkowski! – Jetzt hatten wir für die beiden Redner eine Menge Fragen. Deshalb jetzt Herr Neumann zur Beantwortung.

Jürgen Neumann (freifunk.net): Die erste Antwort auf die Frage UMTS versus WLAN lässt sich vielleicht am eindrucksvollsten mit dem Hinweis darauf beantworten, wie teuer die jeweilig erforderlichen Infrastrukturen auf der Providerseite sind und welche Geschwindigkeiten es gibt. UMTS bewegt sich nach wie vor im Bereich von wenigen Megabit pro Sekunde, bei WLAN sind wir heute im dreistelligen Bereich. 300 Megabit ist eine Bruttodurchsatzquote moderner Access-Points. Da haben wir eine um den Faktor Hundert höhere Übertragungsgeschwindigkeit bei vergleichsweise – ungefähr auch Faktor Hundert – geringeren Kosten. Wir sollten das nicht als konkurrierende Modelle diskutieren, weil es zwei verschiedene Technologien sind, die auch unterschiedliche Möglichkeiten haben. Das liegt in den Technologien selbst begründet, ohne das hier weiter technisch ausführen zu wollen. Also, es ist schneller und billiger.

Die andere Sache: Kooperation mit Internetprovidern. Sie haben an meinem Beispiel gesehen, da sind wir davon ausgegangen, dass jemand seinen DSL-Anschluss privat anbietet. Das ist auch für die nächste Frage, die rechtliche Implikation, besonders interessant. Das ist sicherlich kein Modell, das man in der Fläche und in einem solchen Projekt weiterverfolgen wollte. Wünschenswert wäre, dass die Internetprovider, von denen es auch in dieser Stadt eine Menge gibt – ich habe selbst auch schon mit dem eco-Verband, dem Verband der Deutschen Internetwirtschaft, gesprochen, die durchaus ein Interesse hätten, hier zu kooperieren –, dass sie ihre Infrastruktur errichten und quasi die Keim- oder Kernzellen für eine gemeinschaftliche Infrastruktur bilden. Wenn ein WLAN- oder Wireless-Provider die vielen Tausend Access-Points, die erforderlich wären, um eine Stadt tatsächlich flächendeckend zu erschließen, selbst errichten müsste, dann sind das, wie wir schön gehört haben, Kosten, die sich niemals amortisieren werden, erst recht nicht außerhalb kommerzieller Ballungszentren. Da, wo die größte Notwendigkeit für eine flächendeckende Internetversorgung besteht – wenn wir von der Bevölkerung sprechen –, nämlich da, wo die armen und schwachen Leute leben, da wird es keinen Return-on-Investment durch Werbeeinnahmen oder ähnliche Kompensationsgeschäfte geben. Die Idee, die wir übrigens auch mit den Firmen diskutiert haben, die sich beim Senat bereits für ein stadtweites WLAN-Netz beworben hatten und mit denen wir durchaus Konsens erzielt hatten, fußt darauf, dass sie sehr wohl ihre Infrastruktur errichten, aber ihre Infrastruktur mit einer technischen Schnittstelle versehen, die es der Bevölkerung ermöglicht, sich selbst daran anzuschließen. Das heißt, so wie ich es in meinem Beispiel gezeigt habe, der Internetprovider würde seine Access-Points wo auch immer installieren. Übrigens könnte die Stadt das dann auch im Rahmen von öffentlichen Gebäuden wie Bibliotheken tun. Es gäbe eine standardisierte, offene Schnittstelle, die auf diesen Access-Points verfügbar ist. Das heißt, wenn ich mich an dieses Netzwerk anschließen möchte, dann ich kaufe ich mir solch einen Access-Point und stelle den beim mir vielleicht aufs Fensterbrett. Und weil auf dem Laternenpfosten in meiner Straße oder im Haus gegenüber bereits so ein Access-Point existiert, verbindet sich mein Access-Point damit, und ich werde automatisch zur Relaisstation, sodass sich auch mein Nachbar im Hinterhof auf demselben Weg mit dieser Infrastruktur vernetzen kann. Wir reden also nicht von konkurrierenden Modellen, sondern wir reden von sich ergänzenden Modellen.

Der dritte Punkt, die rechtliche Unsicherheit: Das ist eine Frage, die entweder politisch geklärt werden muss, also sind offene WLAN-Netze, in denen man anonym im Internet surfen darf, weiterhin das, was man politisch will? – Das kann ich nicht beantworten, ich würde es mir wünschen. Wäre dem nicht so, wäre es für das Modell, das wir debattieren, auch nicht schlimm, zumindest aus der technologischen Sicht nicht, weil man die Authentifizierung an das Endgerät verlagern kann und auch sollte. Genauso, wie Sie sich mit Ihrem Handy bei Ihrem Internetprovider anmelden, kann sich mein Notebook über eine existierende WLAN-Struktur bei meinem Provider authentifizieren. Ob das WLAN selbst offen oder geschlossen ist, hat mit der Beantwortung Ihrer Frage eigentlich nichts zu tun. Es ist nur die Frage, an welcher Stelle authentifizierte ich, wo ist sozusagen das Building, wenn es eines geben soll. Da gab es vor Jahren schon vom eco-Verband einen Ansatz, der Greenspots hieß. Da ging es darum, als Gemeinschaftsprojekt eine Clearingstelle mit allen Internetprovidern zu errichten, einen zentralen Tripple-A, also Authentifizierungs- und Abrechnungspunkt, der im Internet liegt. Das bedeutet: Ich als Enduser habe irgendwo ein offenes WLAN-Netz, mein Gerät verbindet sich, ich habe eine kleine App, wie das heute so schön heißt, die authentifiziert sich an dem Greenspotknoten

hinter der WLAN-Infrastruktur. Damit habe ich einen Named Account, wo ich auch Kosten erheben könnte oder nicht – das für den Fall, dass es ein rein wirtschaftliches Modell sein sollte.

Auf der anderen Seite gibt es technologische Möglichkeiten, den Internetverkehr im Interesse der Content-Provider abzusichern. Man kann das filtern. Aber das alles sind politische Entscheidungen, aus denen ich mich heraushalten möchte. Ich wünsche mir ein offenes Internet für alle und würde das politisch auch so wollen. Wenn es aber aufgrund von politischen Konzessionen nicht funktionieren würde, hieße das noch lange nicht, dass man das WLAN-Modell, was ich vorgeschlagen habe, nicht umsetzen könnte.

Vorsitzender Henner Schmidt: Vielen Dank, Herr Neumann! – Zu denselben Fragen Herr Dr. Wohlrab, bitte!

Dr. Ortwin Wohlrab (Verband der Software-, Informations- und Kommunikationsindustrie in Berlin und Brandenburg): Zunächst einmal die klare Aussage: UMTS wird niemals das WLAN ersetzen. Es wird vielleicht schneller werden, aber das WLAN wird auch tagtäglich schneller. Insofern ist es eine völlig andere Technologie und nicht vergleichbar. Deshalb wird man bei UMTS nie das erreichen können, was man bei WLAN hat.

Für Berlin ist natürlich eine funktionierende Infrastruktur wichtig. Damit meine ich alles, ob das nun Straßen oder öffentlicher Nahverkehr sind. Insbesondere aber heute zunehmend eine gute elektronische Infrastruktur. Deshalb war ja auch meine Aussage: Wenn man das vor zehn oder acht Jahren gemacht hätte, dann wäre man wirklich der Leuchtturm nicht nur Europas, sondern der Welt gewesen. Da war das – glaube ich – noch nicht so im Bewusstsein. Auf der anderen Seite wäre es nach wie vor interessant, aber es muss finanziert sein, sonst wird man keine Investoren finden. Und auch wenn man es auf privater Basis macht, gibt es ebenfalls gewisse Grenzen. An der Stelle möchte ich sagen, dass man, umso mehr Player es gibt, quasi umso mehr Sicherheitsfeatures einbauen muss. Das ist alles möglich, aber je mehr Player ich habe, muss ich quasi die Sicherheitsfeatures auf einer anderen Ebene einbauen. Das haben Sie ja eben erläutert. Da wird man eben auch an einigen Stellen umdenken müssen. Es ist möglich.

Die Verwaltung sollte – glaube ich – auch eine Rolle spielen. Sie sagten das eben mit den Bibliotheken. Wenn man das mit Partnern macht, dann sollte man schauen, dass die vorhandenen Konstruktionen, die Gebäude der Verwaltung, so weit wie möglich genutzt werden. Nach meiner Information gibt es keinen Provider, der im Augenblick wirklich ernsthaft darüber nachdenkt, sich in Berlin flächendeckend zu engagieren. Aber vielleicht sind die Informationen auch falsch. Das hängt damit zusammen, dass es eine Investition ist, die sich nicht rechnet. Insofern wäre ein gemischtes Modell – das können ja auch mehrere Anbieter sein, die sich entsprechend auf bestimmte Bereiche konzentrieren, die werden natürlich die Bereiche nehmen, wo wirklich Verkehr ist, viel Kommunikation stattfindet –, verbunden mit privaten Initiativen, durchaus überlegenswert. Es spricht eigentlich nichts dagegen.

Zur Planungssicherheit einen Satz. Umso größer eine Organisation ist, umso mehr Interessen eine Organisation noch zusätzlich vertreten muss – Ich kann es nicht beurteilen, warum bestimmte Dinge nicht möglich waren. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Platane schäbig aussieht, nur weil oben so eine kleine Antenne heraussieht. Aber vielleicht ist es technisch auch nicht möglich. Das sind natürlich Spezialisten, die darüber nachgedacht haben. Ich gehe davon aus, dass sie intensiv darüber nachgedacht haben. Insofern ist vielleicht der Ausdruck „Planungssicherheit“ der falsche. Vielleicht gibt es wirklich Gründe, die gegen etwas sprechen, was man sich vorgenommen hat. Trotzdem ist es sicher einfacher, mit einem Konzern wie McDonald's darüber zu sprechen, als mit einem komplexen Gebilde „Verwaltung“.

Vorsitzender Henner Schmidt: Danke, Herr Dr. Wohlrab! – Dann gehe ich weiter in der Redeliste. Zuerst Frau von Stieglitz, dann Herr Treichel. – Frau von Stieglitz, bitte!

Sylvia von Stieglitz (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank auch an Herrn Neumann und Herrn Dr. Wohlrab für Ihre Ausführungen! – Ich würde gern noch einmal einen Punkt ansprechen. Sie hatten von den Sicherheitsfeatures geredet. Ich finde, davon ist bisher am wenigsten die Rede gewesen. Vom Datenschutz ist überhaupt noch nicht gesprochen worden. Die Router sind offen, das klingt ja gut. Sie haben

uns ein interessantes Schaubild gezeigt, wie sie alle miteinander kommunizieren können. Das ist technisch nicht das Problem. Nur, sie sind offen, jeder kann dann auf alle Seiten zugreifen. Damit stellt sich auch die Frage, wer ist verantwortlich, wer haftet für alles. Dazu möchten wir noch etwas hören. – Danke!

Vorsitzender Henner Schmidt: Herr Treichel, bitte!

Peter Treichel (SPD): Erst einmal herzlichen Dank an Herrn Dr. Wohlrab und Herrn Neumann für das, was Sie dargestellt haben. Das war absolut zutreffend, auch wie Sie, Herr Dr. Wohlrab, die Entwicklung der letzten Jahre beschrieben haben. Die Sache mit dem WLAN-Mesh, Herr Neumann, halte ich zunächst einmal für ein hervorragendes Beispiel von Bürgerengagement, wie man sich dabei hilft, Strukturen zu schaffen, die andernorts nicht zur Verfügung stehen. Ich selbst wohne im Norden Pankows, in Französisch-Buchholz, da gibt es diese Strukturen auch nicht. Vor zehn Jahren wurde es glasfaserverkabelt, aber die Telefonanbieter schaffen es bis heute nicht, DSL dorthin zu bringen. Wer da wohnt, muss sich anders behelfen, um mit WLAN ins Internet hineinzukommen.

Nun ist WLAN-Mesh, wie Sie es dargestellt haben, etwas anderes als freies WLAN in der gesamten Stadt. Wenn wir darüber sprechen, dass wir ein freies WLAN in der Stadt möchten, müssen wir vielleicht auch noch einmal eingrenzen, ob wir damit tatsächlich das gesamte Landesgebiet meinen oder ob wir vielleicht eine Region bezogen auf den inneren S-Bahnhof meinen und ob wirklich der Bedarf besteht, ein solches Angebot auch abzufragen. Dabei sollten wir auch ehrlich sein. Ich glaube, dass gerade jetzt, in den Monaten mit schönem Wetter, die Parks, zum Beispiel der Mauerpark, der Volkspark Friedrichshain, gute Gelegenheiten bieten, wo sich Menschen in den Schatten von Bäumen setzen und mit ihrem Notebook arbeiten wollen. Sie benötigten dafür solch ein Netz.

Das bringt mich aber auch zu der Frage – sie geht schon ein bisschen an die Verwaltung – inwieweit hier tatsächlich noch ein Dialog mit den Bezirken geführt wird. Inwieweit ist das ein Thema unter den Bezirken?

An die Verwaltung habe ich, weil die Bibliotheken angesprochen wurden, die Frage: Welche Standorte sind denkbar? Wo wird mit WLAN gearbeitet, sodass man das in solche WLAN-Messstrukturen einbeziehen könnte? Wie geht das mit den Schulen, wo sonst ist so etwas vielleicht möglich? Haben Sie eine Übersicht, die Sie uns darlegen könnten?

Zunächst möchte ich folgendes sagen: Sie, Herr Dr. Wohlrab, haben die Laternen angesprochen. Die Stadtentwicklungsverwaltung hat sich ja tatsächlich die Mühe gemacht, alle Laternenstandorte in Berlin aufzulisten und zu prüfen, ob solch eine kleine Antenne angebracht werden kann oder nicht. Dabei geht es vordergründig gar nicht so sehr um den Denkmalschutz. Die Frage, die Sie gestellt haben, ob so ein kleiner „Antennenpiekser“ wirklich das Stadtbild stört oder nicht, ist nicht der Hauptpunkt gewesen. Ich habe mich davon überzeugen lassen, dass bestimmte Laternen ausscheiden, weil eine Gaslaterne nicht über einen Stromanschluss verfügt. Das ist ein Argument, das ich nicht entkräften konnte. Ich wollte auch nicht verlangen, dass überall eine Batterie angeschlossen wird, weil ich dabei an das große Müllproblem gedacht habe. Deshalb glaube ich, dass es bei der weiteren Vorgehensweise sehr sinnvoll ist zu sehen, wo man Bürgerengagement stärken kann, um dort, wo wir die Möglichkeiten schon vorfinden, diese transparent zu machen und in andere Bezirke der Stadt zu übertragen.

Vielleicht können Sie etwas noch konkreter benennen: Sie haben von öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) gesprochen. Das ist in der Politik, bei uns in der Koalition, ein bisschen ein kritischer Begriff, weil das nicht die Problemlösung an sich darstellt. Außerdem muss etwas genauer gefragt werden, was eigentlich damit gemeint ist. Ich denke, Bürgerengagement zu unterstützen, aktiv zu werden und das alles zu vernetzen, zum Beispiel mit McDonald's, wo man eine Stunde freien Zugang hat, wenn man seinen Hamburger dort genießt, ist in Ordnung. Mit Restaurantketten und anderen etwas zu machen, ist sicherlich eine Sache. Wo dann das Handeln des Senats liegen soll, ein flächendeckendes WLAN aufzubauen, bei den Schwierigkeiten, die es da gibt, das weiß ich nicht. Die Sachen aufnehmen, zu sehen, was o.k. ist und das dann in die Bezirke hineinzutransportieren, zu sagen: Bezirk Mitte, Bezirk Pankow, könnt ihr mal eine Prüfung in Auftrag geben, was man mit dem Mauerpark in Schönwetterzeiten tatsächlich machen kann und wie man mit den Bibliotheksstandorten dort umgeht. Das ist aber etwas anderes, als das, was wir in der Vergangenheit mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft diskutiert haben. Deshalb ist das dann ein neuer Stand. Aber vielleicht könnten Sie noch etwas dazu sagen, welchen Weg wir gehen.

Abschließend will ich noch sagen: Es ist immer sehr leicht, Forderungen an die Politik, an den Senat, die einzelnen Verwaltungen zu stellen. Ich habe das zuletzt vor einigen Jahren gehört, als es in Deutschland noch keine Flatrates im Angebot gab, sondern man seine normalen Tarife, damals überwiegend bei T-Online, hatte, weil das zu der Zeit weitestgehend ein Monopolist war. Es war nicht die Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass überall Flatrates angeboten werden oder damals erstmals angeboten worden sind, sondern die Anbieter haben selbst erkannt, dass ein verändertes Geschäftsmodell, indem man die Preise senkt und andere Konditionen anbietet, auch in Anbetracht von anderen Endgeräten, die es gibt – also nicht mehr die ersten Mobilfunktelefone mit zwei Meter langen Antennen usw. –, dass das attraktiv ist. Deshalb sehe ich eine Hauptaufgabe darin, bei den in der Stadt vorhandenen Anbietern tätig zu werden. Dort kann man Dialoge organisieren oder vermitteln und Bürgerengagement und Anbieter zusammenbringen. Dabei sehe ich durchaus noch Potenzial. Vielleicht könnten Sie dazu noch einmal Stellung nehmen.

Vorsitzender Henner Schmidt: Danke, Herr Treichel! – Zuerst, weil er auch angesprochen wurde, Herr Staatssekretär Freise. – Bitte!

Staatssekretär Ulrich Freise (SenInnSport): Ich habe mich zu Wort gemeldet, nicht weil eine Frage an mich direkt ging, sondern weil einige Diskussionsbeiträge mich dazu aufriefen, mich zu positionieren. Ich bedanke mich erst einmal bei beiden Vortragenden dafür, dass sie uns dargestellt haben, welche Initiativen es gibt – es sind dankenswerte Initiativen, Herr Treichel hat das gerade noch einmal unterstrichen –, wo sie aber auch an ihre Grenzen gelangen. Ich würde gern an eine von Herr Dr. Wohlrab gemachte Aussage anknüpfen. Er hat geschildert, wann und wie die Initiativen für die Errichtung eines flächendeckenden WLAN-Netzes gelaufen sind. Er hat dann gesagt – so habe ich es jedenfalls verstanden –, dass wir feststellen müssen, dass es auf der Welt – mit Ausnahme von bestimmten kleineren Regionen – keine funktionierenden Modelle flächendeckender WLAN-Netze haben. Das Bemerkenswerteste an dieser Ausführung war für mich, dass es

sich auch nicht rechnen lassen wird. Das ist ein entscheidender Punkt. Manchmal ist es in einem solchen Zusammenhang nützlich, von der Träumerei darüber, was technisch alles machbar ist, einen Blick auf das zu werfen, wer denn, wenn so etwas tatsächlich technisch umzusetzen ist, die Realisierung übernehmen soll. Von der Union und auch von den Grünen wird in dieser Hinsicht ein bisschen in Richtung Senat geschaut. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir – was ich selten mache –, eine gesetzliche Bestimmung zu zitieren. Sie steht an keinem geringeren Ort als in unserem Grundsatz. Da steht, wer allein für die Zurverfügungstellung solcher Infrastrukturen verantwortlich ist und nur sein darf. Da ist nämlich zu lesen, dass es eine private Angelegenheit ist. Es ist keine Angelegenheit öffentlicher Daseinsvorsorge. Art. 87f des Grundgesetzes. Ich zitiere daraus den Absatz 2:

Dienstleistungen im Sinn des Absatzes 1

– es geht um diese Angebote –

werden als privatwirtschaftliche Tätigkeiten durch die aus dem Sondervermögen Deutsche Post hervorgegangenen Unternehmen und durch andere private Anbieter erbracht.

Das beantwortet leicht auch die Fragestellung, was der Senat unternimmt, um ein flächendeckendes WLAN-Netz aufzubauen, was er zur Unterstützung anderer dankenswerter Initiativen unternimmt, um ein solches Angebot flächendeckend bereitzustellen. Es ist nicht umsonst so, dass die Initiativen, die es gegeben hat, nicht etwa beim IT-Staatssekretär – das ist eine formale Betrachtung –, sondern bei der Wirtschaftsverwaltung angesiedelt sind. Warum ist das so? – Weil es sich um Privatinitiativen handelt, um Geschäftsmodelle, bei denen der Staat, in diesem Fall der Senat oder die Bezirke, als Partner zur Seite stehen kann und dafür Sorge tragen kann, dass derartige Modelle nicht behindert werden. Aber es geht dadurch nicht in eine staatliche Daseinsvorsorgeaufgabe über. Das muss man sich noch einmal deutlich machen! Selbst wenn es wünschenswert erscheint, wenn private Anbieter, wie Herr Dr. Wohlrab ausgeführt hat, an die Grenzen ihrer Geschäftsmodelle stoßen, weil es sich nicht rechnet, sie keinen Investor finden, der das flächendeckend realisiert. Dann kann schon allein grundgesetzlich nicht die Schlussfolgerung sein, dass der Staat in die Bresche springt, weil das Ganze wünschenswert erscheint. Das geht nicht, dann müssten wir das Grundgesetz ändern. Aber das würde ich auch nicht wollen. Vor etlichen Jahren, als wir mit der Telephonie begonnen haben, sind wir auch nicht dazu übergegangen, weil zu Beginn nur manche Menschen über ein Telefon verfügten und haben daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass der Staat dafür sorgen muss, dass alle Menschen ein Telefon bekommen sollten. Das ist eine privatwirtschaftliche Aufgabe. Da wundere ich mich manchmal so ein bisschen über die Staatsgläubigkeit gerade von Ihrer Seite her. Wir sollten es da lassen, wo es hingehört! Der Staat soll Rahmenbedingungen mitbefördern – da sage ich gleich etwas zu den Antennenstandorten wie Laternen, Ampelanlagen oder anderes mehr. Es hat nicht an intensiven Bemühungen der belächelten Bürokratie gefehlt, die sehr wohl gesagt hat: Was müsste man denn wo und wie unternehmen, wenn wir einen privaten Investor haben, der das stemmen könnte – den wir aber nicht haben und auch nicht finden werden, wie Herr Dr. Wohlrab prognostiziert hat –, um eine solche Fläche abdecken zu können? Was könnte man sich vorstellen? – Da sind die Signallichtanlagen, die Ampelanlagen oder auch die Laternen in den Fokus gerückt. Es gibt intensive Untersuchungen, wo sich was tatsächlich realisieren, und wo es sich nicht realisieren ließe. Da habe ich keine Zweifel, wenn mir die Techniker mitteilen, dass zum Beispiel an der einen oder anderen Lichtsignalanlage die Gefahr besteht, dass die Frequenzen gestört werden, dann habe ich das zur Kenntnis zu nehmen. Ich bin kein Techniker. Gleicher gilt auch, wenn mir jemand sagt – was mir ebenfalls einleuchtet –, dass eine Gaslaterne keinen Stromanschluss besitzt. Dann nehme ich das zur Kenntnis und sage: Sorry, staatlicherseits können wir dem Investor so einen Standort nicht zur Verfügung stellen! Das ist eine Seite der Medaille. Um es unmissverständlich zu sagen: Ich fände ein realisiertes und sicheres – auch dazu sage ich gleich noch etwas – Modell, wie Sie, Herr Neumann, das vorgestellt haben, fantastisch. Wir könnten alle frei miteinander kommunizieren, an jedem Ort, unter dem Baum sitzend könnte ich sozusagen meine Vorlagen für Sie an das Abgeordnetenhaus schreiben. Das wäre eine fantastische Idee! Die würde ich auch gern umsetzen.

Aber, erster Punkt: Zur Realisierung eines solchen Angebotes sind entweder private Firmen oder private Communities, die sich vernetzen und damit eine parallele, private Infrastruktur versuchen aufzubauen, aufge-

rufen. – Zweiter Punkt: Wie sieht das rechtlich aus? – Herr Neumann, Sie haben zu Recht gesagt: Am Ende ist es eine politische Frage. Frau von Stieglitz hat den Finger exakt in eine der Kernwunden gelegt. Alles das, was technisch möglich und vielleicht auch wünschenswert erscheint, hat seine Schattenseiten. Zu diesen Schattenseiten hatten wir vor Kurzem eine Rechtssprechung des Bundesgerichtshofes. Der Bundesgerichtshof hat ausgeführt: Diejenigen, die solche Netze betreiben oder das Betreiben ermöglichen, sind nicht aus der Verantwortung für Inhalte heraus. Solange ich das Problem nicht gelöst habe, warne ich davor, weil diese Netze nicht nur die freie Kommunikation mit Inhalten, die wir uns alle wünschen, ermöglichen, sondern auch die freie Kommunikation mit Inhalten ermöglichen, die wir uns alle nicht wünschen. Was wollen wir denn, was über diese Netze kommuniziert wird? Das ist in der Tat eine rechtspolitische Fragestellung. Wollen wir, dass auch solche Inhalte, die strafbewehrt sind, dort frei verkehren können? – Wenn das so ist, wer trägt dann die Verantwortung dafür? Diese Fragestellung ist vom Bundesgerichtshof fokussiert worden. Seitdem überlegt sich manch einer, der sein WLAN-Access zur Verfügung stellt, in welche Gefahr er sich eigentlich begibt, wenn er das tut, auch solchen Leuten gegenüber, von denen er nicht weiß, wer sie sind und mit welchen Absichten sie sich in seinen Netzknopen einwählen. Das ist eine Fragestellung, die wir in der Tat lösen müssen, auch natürlich dann, wenn sich zum Beispiel in Ihrem Modell – so habe ich das verstanden, ich bin nicht der große Techniker – die öffentliche Hand mit einigen Knotenpunkten an einer solchen Wolke beteiligen würde – was ich mir vorstellen kann. Dann stellt sich diese Frage für die öffentliche Hand in gleicher Weise wie für jeden privaten Interessenten, der sich mit seinem Knotenpunkt am Fensterbrett beteiligt und der im Zweifel nicht möchte, dass sein Nachbar mit seinem Point auf dem Fensterbrett über diesen Knotenpunkt Inhalte verteilt, mit denen er nichts zu tun haben möchte. Das ist eine Fragestellung des strafbewehrten Inhalts von im Netz floatierenden Daten.

Der Datenschutz, da haben Sie, Frau von Stieglitz, einen weiteren interessanten Punkt angesprochen. Wie weit ist es möglich, wenn ich in einem solchen Netz unterwegs bin, das Netz auch zu nutzen, um die privaten Datenbanken, der Leute, die im Netz sind, zurückzuverfolgen. Wenn Sie also mit Ihrem Notebook im Netz sind, möchten Sie dann, dass Google am Ende Zugang auf Ihren Inhalt hat? Wir haben bei Google-Streetview – das haben Sie ja einen interessanten Antrag gestellt, der auch im Bundesrat verfolgt wird – die Frage: Wollen wir, dass dieses sich-einwählen-Können in andere Netzteilnehmer dazu führt, dass jemand auf meinem Account lesen kann, was ich an privaten Daten habe. Ich will das nicht. Ich will aber auf der anderen Seite, weil mich das fasziniert, mir durchaus vorstellen können, dass wir ein derartiges Netzwerk aufbauen. Aber so lange ich diese Problematik nicht gelöst habe, gehe ich, das sage ich deutlich, mit gehöriger Vorsicht daran. Ich muss erst einmal klären, wie ich mich datenschutzrechtlich schützen kann und wie ich die Rechtsfrage der strafrechtlichen Verantwortung für verbotene Inhalte klären kann.

Vorsitzender Henner Schmidt: Danke, Herr Staatssekretär! – Jetzt zurück zu den beiden Anzuhörenden! Herr Neumann, bitte!

Jürgen Neumann (freifunk.net): Ich möchte mich gleich der aus meiner Sicht interessantesten Frage zuwenden, die im Zusammenhang mit öffentlichen WLAN-Netzen immer wieder auftaucht. Das ist die der Sicherheit und des Datenschutzes. Ein öffentliches WLAN-Netz, d. h. ein Netzwerk, das von mehreren oder im Zweifelsfall von allen Menschen genutzt wird, kann an sich nicht verschlüsselt sein. Wäre es verschlüsselt, wäre es nicht öffentlich. Wenn man es mit der WLAN-Technologie verschlüsseln und für alle denselben Schlüssel benutzen würde, dann wäre der Datenverkehr innerhalb dieses Netzes für alle wieder transparent. Der Ansatz ist aber technologisch völlig falsch und irreführend. Leider hat die öffentliche Diskussion wenig dazu beigetragen, sinnvolle Aspekte zu debattieren. Eine Verschlüsselung ist immer dann sinnvoll und gut, wenn sie zwischen Sender und Empfänger der Daten erfolgt. Ein Beispiel: Wenn Sie heute Internetbanking machen, verbindet sich Ihr Webbrower mit der verschlüsselten Webseite Ihrer Bank. Zwischen Ihrem Gerät und der Bank entsteht eine sichere, verschlüsselte Verbindung. Da ist es völlig gleichgültig, ob da Kabel oder WLAN oder sonst irgendetwas dazwischen ist, denn es handelt sich um eine Punkt-zu-Punkt-Verschlüsselung, die einzige sinnvolle Form der Verschlüsselung. Der Datenverkehr, der dann in dieser sicheren, verschlüsselten Verbindung stattfindet, ist für andere nicht abhörbar.

Es ist die Frage, wie man in einem solch öffentlichen WLAN-Netz die Sicherheit herstellen kann. Auch ich bin jemand, der auf seine Datensicherheit sehr bedacht ist. Ich würde es nicht gut finden, wenn alle Menschen um mich herum einfach mitlesen könnten, was ich im Internet mache. Dankenswerterweise gibt es

schon seit fast zwanzig Jahren eine Technologie, die sich VPN, Virtual Private Network nennt. die genau das macht. Sie stellt zwischen meinem Client, meinem Endgerät und einer Stelle im Internet eine verschlüsselte Verbindung her. Alle oder viele Menschen, die in Firmen arbeiten, vielleicht auch Sie, oder auch Leute an den Universitäten, nutzen heute schon diese Technologie, um sich zum Beispiel mit ihrem Notebook am Unicampus mit dem Universitätsnetz zu verbinden. Die Verschlüsselung findet zwischen dem Gerät und der VPN-Endstelle statt. Somit ist der Datenverkehr nicht abhörbar. Wenn man das noch in den von Ihnen angesprochenen Kontext bringt, dass man wissen möchte, wer denn eigentlich gerade im Internet ist, dann würde man das genauso umsetzen, wie das zum Teil bereits mit dem eco-Verband diskutiert wurde, nämlich, dass die Authentifizierung an diesem Netz über solch ein privates Netzwerk erfolgt. Das heißt, ich habe einen Account bei einem Internetprovider, ich melde mich nicht an dem Access-Point an, das ist der Fehler. Das ist leider in der technischen Umsetzung, die heute weit verbreitet ist, ein Konstruktionsfehler. Den haben wir mit unserer Freifunkinitiative nicht. Ich melde mich nicht am WLAN-Access-Point an, sondern ich nutze die WLAN-Infrastruktur wie jede andere Netzwerkinfrastruktur einfach als Medium, um mich mit dem entsprechenden Server zu verbinden. An dem kann ich mich dann authentifizieren, ich kann dorthin eine sichere Verbindung aufbauen etc. Ob man das will, ob man möchte, dass jede Verbindung, die in Richtung Internet stattfindet, eine personifizierte Verbindung ist – das müssen Sie entscheiden. Aber, wenn man das möchte, hat das überhaupt keinen Einfluss darauf, ob das von mir vorgestellte Modell funktioniert oder nicht. Im Gegenteil, es wäre sehr zu begrüßen, dass man von fadenscheinigen Verschlüsselungsmechanismen Abstand nimmt, weil das, was heute im Umfeld eines Access-Points als sichere Verschlüsselung angeboten wird – ich hoffe, das wissen Sie alle –, ist alles Mögliche, aber es ist ganz sicher nicht sicher. Das ist eine Irreführung der Bevölkerung im großen Stil.

Ich hoffe, dass man vielleicht mit Ihrer Unterstützung Aufklärungsarbeit betreiben und den Leuten klarmachen kann, dass in dem Moment, wo sich mehr als eine Person an einem Access-Point verschlüsselt authentifiziert, mindestens eine davon die Daten der weiteren Personen, die sich an dem Access-Point authentifiziert, abhören kann, sofern keine weiteren Sicherungsmechanismen vorgesehen sind. Dazu kommt, dass die Technologie an sich so unsicher ist – das sieht man auch alle Nase lang im Fernsehen –, dass sich irgendwelche versierten Menschen in kürzester Zeit in Ihren Access-Point einwählen. Die Sicherheit an diesen Access-Point zu verlagern, das ist technologisch dumm und konzeptionell falsch. Trotzdem bin ich sehr dafür, dass man für eine sichere Infrastruktur sorgt. Dafür gibt es Möglichkeiten, es ist absolut realisierbar und gängige Praxis an allen großen Universitäten, Krankenhäusern und Firmen. Wir alle benutzen ständig VPN-Verbindungen.

Vorsitzender Henner Schmidt: Danke, Herr Neumann! – Dann bitte, Herr Dr. Wohlrab!

Dr. Ortwin Wohlrab (Verband der Software-, Informations- und Kommunikationsindustrie in Berlin und Brandenburg): Ich glaube, die Ausführungen eben waren intensiv und ausführlich. Vielleicht noch ein Punkt dazu, insbesondere bezugnehmend auf das letztens gefällte Urteil, dass es Möglichkeiten geben muss – und das ist eine beschriebene –, dass man nicht in diesen Konflikt gerät, dass ein Fremder den Access-Point, den man hat, nutzt. Das ist klar, sonst hätte jeder Provider das Problem. Darüber fließen die Daten ja auch. Dann müsste jeder Provider auch unter das Urteil fallen und dürfte seine Dienste nicht mehr anbieten. Da gibt es technische Möglichkeiten. Das sollte man auch entsprechend nutzen.

Eine kurze Anmerkung bezüglich ÖPP: Die klassische ÖPP wäre, wenn die öffentliche Hand Infrastruktur zur Verfügung stellt und dann irgendein Anbieter hingehört und Access-Points, Antennen etc., etabliert. Dann stellt die öffentliche Hand etwas, was ihr gehört, zur Verfügung, und der andere gibt auch etwas. Das Ganze müsste nachher entsprechend in den Erlösen aufgeteilt werden. Dieses klassische Modell – das meinte ich damit – wird nicht funktionieren. Ich glaube, dass sich dort, zumindest, wenn es über eine größere Flächenabdeckung geht, die Investitionen nicht lohnen. Wenn ich mich auf Gebiete konzentriere, und zwar auf solche, die den Traffic bringen und die – falls das abgerechnet werden soll – Möglichkeiten bieten, Umsatz zu machen, dann kann ich mir das gut vorstellen. Gerade Großstädte, gerade Berlin, haben Möglichkeiten, wo viele das nutzen würden. Es gibt bestimmt auch viele Menschen, die würden lieber im Monat 5 Euro bezahlen, als solch einen Access-Point zu haben und nicht zu wissen, wie das funktioniert. Das wäre auch ein Vorteil für die Privatperson. Wenn man das noch mit anderen Initiativen verbinden würde, wäre das unabhängig

davon ideal, denn dann hätte man eine größere Flächenabdeckung. Bei anderen Gebieten – ich selbst wohne in Heiligensee – gehe ich davon aus, dass die so etwas nie bekommen werden. Insofern ist das so.

Ein freies WLAN – ich glaube, das war zu keinem Zeitpunkt die Zielrichtung. Dann kommen wir in eine Situation, in der man sagt: Ok, Straßen sind kostenlos, warum ist die Telekommunikation nicht kostenlos? In den sechziger Jahren hatte man sich ja als Ziel gesetzt, dass niemand mehr als zehn oder zwanzig Kilometer fahren müsse, um zur Autobahn zu kommen. Damals konnte auch jeder, der einen Laster hatte, kostenlos auf der Autobahn fahren. Wenn man sich so etwas als politisches Ziel setzen würde, wäre das für die IT-Industrie bestimmt fantastisch, die würde das begrüßen. Ich befürchte aber, dass das zurzeit nicht durchsetzbar ist. Deshalb muss man über andere Alternativen nachdenken.

Vorsitzender Henner Schmidt: Danke, Herr Dr. Wohlrab! – Ich schlage vor, die Redeliste zu schließen. Auf ihr stehen zurzeit noch: Herr Dr. Zotl, Herr Birk, Frau von Stieglitz und Herr Statzkowski. – Das können wir dann so machen. – Herr Dr. Zotl, bitte!

Dr. Peter-Rudolf Zotl (Linksfraktion): Der Antrag heißt: „Damit Berlin nicht offline bleibt – Freies WLAN für Berlin endlich umsetzen! Ausschreibung noch 2009 sicherstellen.“ – Es geht also schon um das freie WLAN. Ich würde sagen, dass auch wir der Auffassung sind, dass wir uns – das ist hier noch nicht zur Sprache gekommen – in einem grundsätzlichen Wandel in den Informations- und Kommunikationsgebräuchen und Informations- und Kommunikationssystemen befinden. Darauf muss man sich Schritt für Schritt einstellen. Man muss Möglichkeiten schaffen. Bei unseren Recherchen sind wir darauf gestoßen, dass es nur eine Stadt gibt, die das relativ flächendeckend und auch umfassend gemacht hat, das ist das von Ihnen zitierte Tallinn. Ich war privat vor 14 Tagen dort. Wir haben uns auf diesen Besuch gut vorbereitet. Die Stadt verfügt über tolle Internetauftritte, hat die erste papierlose Verwaltung. Die Stadt hat auf der grünen Wiese angefangen. Sie hatte nichts und hat auf dem damals modernsten Stand begonnen. WLAN ist allerdings auch nur auf die relativ kleine Innenstadt beschränkt. Das vor allen Dingen nicht deshalb, weil dort die Esten und noch ein paar Russen wohnen, sondern weil dort die Touristen hinkommen, die das möglicherweise nutzen wollen. Das wäre die Frage, die der Kollege Treichel aufgeworfen hat. Die Frage, die sich für mich ergibt, ist eine rein strategische und ist grundsätzlicher. Warum ist es nur Tallinn? Warum sind es nicht andere große Zentren, die diesen Weg gegangen sind? Es muss doch Gründe dafür geben. Sie haben jetzt immer wieder auf ökonomische Gründe abgesetzt, aber es ist zu fragen, ob es auch andere Gründe gibt. Gibt es möglicherweise auch den Grund, dass dieser technologische Wandel es mit sich bringt, dass eine Lösung, die für die Dauer von zehn Jahren zwar hochmodern ist – zehn Jahre sind eine Riesendimension in diesen Prozessen –, bei der aber absehbar ist, dass sie nicht das Ende, sondern vielleicht der Anfang einer Entwicklung ist, die sich beschleunigt. Dann lohnt es sich nämlich nicht, in bestimmte Entwicklungen global, flächendeckend und frei zu investieren. Wobei mir das Modell staatlich, gesellschaftlich, von mir aus auch privat, also diese Mischform, zusagen würde. Können Sie Gründe nennen, warum es nur Tallinn gibt?

Zweite Frage: Wenn ich mir Berlin ansehe – wir haben uns in der Koalitionsrunde gegenseitig schlau gemacht – gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten eines freien Zugangs zu WLAN, an den Universitäten, Hochschulen, in Bibliotheken – sicherlich nicht in jeder Bezirksbibliothek, das ist vielleicht eine noch zu erschließende Reserve –, in vielen Restaurants vor allen in der Mitte, dort wird vor allen Dingen bei den Touristen damit geworben. Daraus ergibt sich an Sie, gerade an Sie, die Sie als Vertreter der Wirtschaft daran gewöhnt sind, mit knallharten Fakten zu prognostizieren, die Frage: Wie ist der eigentliche Bedarf? Oder wie viel von dem realistisch zu erwartenden Bedarf für die nächsten Jahre ist noch nicht abgedeckt? Kann man das sagen? Das schließt ein bisschen an das an, was Kollege Treichel vorhin sagte.

Das Dritte, da würde ich mich gern an das anschließen, was der Herr Staatssekretär sagte, weil das anfangs eine Rolle spielte, dass Bedenken und Gründe, die zu einer Ablehnung des Antrages führten, ein bisschen Behördenwillkür seien. Ich finde, wir müssen im System denken. Wenn wir für einen relativ rigiden Denkmalsschutz sind, dann hat das Konsequenzen. Ich habe dazu eine andere Auffassung, aber es ist ein Konzept. Das tragen Sie mit, das tragen unsere Fraktionen mit, das tragen andere mit. Dann kann nicht an einem Punkt Nein sagen und das auflösen. Wenn ich für bauliche Sicherheit bin, für ein Stadtbild, in dem an keiner historischen Fassade ein Werbeplakat hängen darf, dann hat das Konsequenzen. Ich finde, das ist ein schlechter

Zungenschlag, Behördenwillkür daraus zu machen. Das ist im System selbst begründet. Das haben wir selbst zum großen Teil politisch geschaffen.

Vorsitzender Henner Schmidt: Danke, Herr Dr. Zotl! – Jetzt ist Herr Birk an der Reihe. – Bitte!

Thomas Birk (Grüne): Ich möchte daran erinnern, dass der Ausgangspunkt für den gesamten Prozess in Berlin ein Parteitagsbeschluss der SPD war, der als die große Neuerung verkauft wurde. Insofern finde ich es schon bezeichnend, wenn Sie jetzt mit dem Grundgesetz wedeln. Das hätte man vielleicht schon auf dem Parteitag machen können! – [Zuruf von Staatssekretär Ulrich Freise] – Aber es war ja nicht nur eine Sache, die der Parteitag hochgehalten hat, sondern es war eines von den großen Konzepten, die in dieser Legislaturperiode ein Highlight bilden und nach außen ausstrahlen sollten. Deswegen wundern wir uns über den Prozess, der sich in Gang gesetzt hat. Deswegen würde ich vor allen Dingen an Sie, Herr Neumann – und überhaupt an die Freifunkszene, die in Berlin weit entwickelt ist, wir als Fraktion haben zusammen mit Ihnen eine Veranstaltung gemacht, bei der ich nur Bauklötzte gestaunt und viel gelernt habe – die Frage stellen, ob dieser Lernprozess irgendwann einmal zusammen mit dem Senat vollzogen wurde, indem der Senat auf Sie zugekommen ist und gefragt hat: Was machen Sie da?

Gibt es Möglichkeiten zur Zusammenarbeit? Hat so etwas stattgefunden? – Wenn nicht, dann frage ich den Senat, warum das nicht erfolgt ist, denn wenn man hier schon etwas hat, was so weit entwickelt ist, dass sich andere Bündnispartner bereits angedockt haben, dann wäre es, um aus dem Schlamassel herauszukommen, dass man es eben nicht in ganz Berlin umsetzen kann, dass es mit den Ausschreibungen und den Laternen nicht geklappt hat, einfach gewesen, sich mit bürgerschaftlichem Engagement zu verbinden. So hätte man vielleicht heil aus der Sache herauskommen können. Wie ich gelernt habe, machen das ja wohl bereits einzelne Kirchengemeinden. Mehr Bündnispartner als immer nur die Bibliotheken wären also durchaus denkbar. Wir haben insbesondere in der Innenstadt, aber auch in Teilen der Außenbezirke ein Netz von Institutionen, die öffentlich sind: Schulen, Kindergärten, andere Ämter bis hin zu privaten oder gemeinnützigen Initiativen und Seniorenhäusern und was es in der Stadt noch alles so gibt. Dort könnte man sich die Anbringung von Access-Points oder Hotspots vorstellen, sodass man dieses Netz peu à peu entwickeln könnte. Es wäre denkbar, in der Stadt Pilotbereiche auszuwählen, an denen das schon weit verbreitet ist und wo es dann Bündnispartner geben könnte. Warum ist diese Lösung nicht angegangen worden? Ich kann nur sagen, das wäre unser Vorschlag. So habe ich auch das Fazit unserer Veranstaltung verstanden. Warum sollte das, was offensichtlich in Afrika finanziert und attraktiv ist, in einer Stadt wie Berlin nicht funktionieren? Das Modell ist, wenn man es für sich nimmt, sehr kostengünstig. Allerdings stellt sich diese Günstigkeit erst her, wenn zahlreiche Partner vorhanden sind. Wenn eine neue Technik auf dem Markt ist, z. B. beim Fernsehen, da ist es doch auch ganz normal, dass sich jeder so einen Receiver in die Wohnung stellt. Das ist heute überhaupt kein Problem mehr. Warum soll es dann nicht auch möglich sein, dass diese Hotspots sozusagen zum normalen Gebrauch eines Hauses gehören. Es muss ja nicht unbedingt der Ärmste sein, der sich so etwas hinstellt, vielleicht gibt es im Haus auch Partner oder Gemeinschaften, bei denen man sich vorstellen kann, dass die den Hotspot bezahlen.

Noch einmal zur Sicherheit: Ich hatte natürlich auch erst einmal genau Ihre Bedenken. – [Staatssekretär Ulrich Freise (SenInnSport): Fragen, nicht Bedenken!] – Wir sind da vielleicht mit unserem technischen Halbwissen – ich kann einfach mal dazu stehen! – mit solchen Fragen immer vorneweg. Aber es ist praktisch wie ein Vorschaltsystem. Wir können über das System ins Internet gehen. Die Probleme, die sich mit dem Internet insgesamt stellen, die stellen sich hier natürlich ebenso. Aber Sie haben mit Ihren Ausführungen eindrücklich bewiesen, dass gerade die Freifunkszene den Datenschutz und die Sicherheit mehr als andere im Blick hat. Ich finde, von der Tatsache, dass die Szene in Sachen Sicherheit vorneweg geht, davon könnten die Hochprofessionellen oder die öffentliche Hand etwas lernen. Deshalb kann ich nur dafür werben, dass die doch sehr spannende heutige Anhörung nicht das Ende einer Geschichte ist, sondern der Anfang zu einem neuen Aufbruch. Der kommt allerdings vielleicht nicht so hochtrabend daher, sondern sucht sich erst einmal Inseln. Ich bin sicher, dass werden Sie, Herr Freise, noch erleben, dass man sich in wenigen Jahren darüber kaputtlaufen wird, worüber wir heute diskutieren. Wer hätte sich noch vor wenigen Jahren vorstellen können, dass wir, wenn wir unterwegs sind, überall mit unseren Handys ins Internet gehen können? Wer hätte vor zwanzig Jahren überhaupt gewusst, was das ist? Sie werden in zwanzig Jahren erleben, dass Sie unter jedem Baum dieser Stadt ins Internet gehen können! Vielleicht nennt sich das alles dann schon wieder ganz anders. Es ist eben nur die Frage: Wer macht das als Erster? Ist Berlin am Ende einer Entwicklung oder nutzt es die bereits vorhandenen Potenziale, um wenigstens in der Mitte mitschwimmen zu können?

Vorsitzender Henner Schmidt: Danke, Herr Birk! – Frau von Stieglitz, bitte!

Sylvia von Stieglitz (FDP): Vielen Dank! – Herr Staatssekretär Freise, vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Da können wir als FDP erst einmal nichts mehr hinzufügen, außer zu sagen, dass es wichtig ist, genau zu differenzieren, wer macht was, wo sind die rechtlichen Rahmenbedingungen oder die rechtlichen Regelungen. Gut war, dass Sie noch einmal die Trennung zwischen dem privatwirtschaftlichen Engagement und der Nichtzuständigkeit des Staates dargestellt haben. Der Staat kann hier die Rahmenbedingungen schaffen, die wir als FDP darin sehen, dass eine Ausschreibung gemacht wird, keine Direktvergabe. Vorhin wurde von dem fehlenden Return-on-Investment gesprochen. Deshalb sind wir natürlich nicht dafür, dass man in Berlin eine geförderte Pilotregion oder ein gefördertes Projekt anbietet. Bürgerschaftliches Engagement ist etwas, was die FDP immer gern unterstützt. Auf der anderen Seite haben Sie unsere Bedenken im Bereich Datenschutz und Sicherheit dahingehend unterstützt, dass auf jeden Fall die technischen Möglichkeiten beim Sicherheitsaspekt verstärkt in den Blick gerückt, die Aufklärung steigen muss und dass die Bürger, die sich

dazu bereit erklären, noch weiter sensibilisiert und aufklärt werden müssen, welche Gefahren und Verantwortlichkeiten damit verbunden sind.

Vorsitzender Henner Schmidt: Vielen Dank! – Herr Statzkowski, bitte!

Andreas Statzkowski (CDU): Herr Staatssekretär Freise hat in seinem Beitrag auf die rechtlichen Probleme hingewiesen. Ich fand die Entgegnung – aus fachlicher, nicht aus politischer Sicht – von Ihrer Seite aus, Herr Neumann, hervorragend und überzeugend. Ganz allgemein lässt sich natürlich darauf erwidern, dass Probleme da sind, um sie zu lösen, ob nun auf rechtlicher, politischer oder technischer Seite. Das möchte ich erst einmal dahingestellt sein lassen. Darum geht es nicht. Wir können rechtliche Probleme nicht so lange vor uns hertragen, bis endlich an sich wünschenswerte Entwicklungen dauerhaft damit blockiert werden. Das kann es nicht sein.

Dann, nach den Ausführungen von Frau von Stieglitz und Herrn Freise zur Rolle des Staates: Auch wenn Herr Dr. Wohlrab diesen Begriff vorhin dann wieder etwas differenziert hat, finde ich, dass es der Begriff Planungssicherheit voll und ganz trifft. Das ist das, was man erwartet, jedenfalls das, was wir aus der Sicht eines Parlamentariers vom Senat erwarten würden. Frau von Stieglitz, da geht es nicht um finanzielle Unterstützung! Ich weiß nicht, woher Sie den Eindruck gewonnen haben, dass das in dieser Diskussion eine Rolle gespielt haben könnte. Ich kenne solch einen Ansatz nicht. Bleiben wir doch bei dem herrlichen Beispiel Telefon, das Herr Freise vorhin genannt hat. Wenn der Staat nicht die Genehmigung gegeben hätte, dass die Telefongesellschaften in der Erde buddeln dürfen, um die Kabel zu verlegen, dann gäbe bis heute kein Telefon. Das ist nun mal so! Das hat etwas mit Planungssicherheit und der rechtlichen Möglichkeit, etwas zu realisieren zu tun und nicht mit einer finanziellen Unterstützung oder anderen Dingen. Darum geht es nicht, sondern es geht einfach darum, einfach einen gewissen Rahmen zu schaffen, eine Planungssicherheit, um diesen Begriff noch einmal aufzugreifen, um das zu ermöglichen. Genau dahin geht die Debatte. Das ist die Diskussion, die wir im Parlament mehrfach geführt und mit der wir uns intensiver auseinanderzusetzen haben.

Da ich, glaube ich, der letzte Redner auf der Liste bin, darf ich mich im Namen der Fraktion, die heute den Tagesordnungspunkt angemeldet hat, bei den Anzuhörenden bedanken. Ich fand, es war eine ausgesprochen spannende Erörterung und eine gute noch dazu. Ich hoffe, dass wir bei dem Thema mittelfristig weiter kommen, als wir es heute getan haben!

Vorsitzender Henner Schmidt: Danke, Herr Statzkowski! – Herr Dr. Wohlrab, bitte!

Dr. Ortwin Wohlrab (Verband der Software-, Informations- und Kommunikationsindustrie in Berlin und Brandenburg): Sie hatten gefragt, warum gerade Tallinn. – [Dr. Peter-Rudolf Zotl (Linksfraktion): Warum nur Tallinn!] – Warum ist Estland das einzige Land, in dem elektronisch gewählt werden kann, egal, wo ich auf der Welt bin? – Ich glaube, das ist auch heute noch der Fall. Warum haben sie die modernste Verwaltung? – Es ist ein sehr innovatives Land. Es verfügt auch über gewisse Voraussetzungen. Da ist einmal das von mir bereits erwähnte Entstehen auf der grünen Wiese. Es gab nun auch genug andere, auch baltische Staaten, die die gleiche Voraussetzung aufwiesen. Nur gab es augenscheinlich dort nicht die gleichen innovativen Köpfe. Die Voraussetzungen waren an anderer Stelle auch da. Das ist meine einzige Erklärung. – [Dr. Peter-Rudolf Zotl (Linksfraktion): Warum nicht die anderen, auch in Asien oder Westeuropa?] – Weil es dort eine Konstellation gab, die besonders günstig war. Das ist wenigstens meine Auffassung. In Singapur existiert ein Ausweis, auf dem sehr viele Informationen gespeichert sind. Es gibt auch schon andere Stellen, wo man weiter ist. Auch weiter bezüglich der WLAN-Problematik.

Ich glaube, das war die nächste Frage, die sich darauf bezog, dass der Bedarf, wie er in zehn oder in fünf Jahren sein wird, sehr schwer abzuschätzen ist. Auf alle Fälle wird er sehr viel größer als jetzt sein, um Potenzen größer. Man wird Fernsehfilme nicht mehr im Fernsehen zu einer bestimmten Zeit sehen, sondern man wird sie dann anschauen, wann und wo man gerade Lust dazu hat. Das wird man in einer Qualität haben, die wesentlich besser ist als die, die man normalerweise jetzt noch zuhause hat. Das potenziert sich. Ich würde sagen, zwischen hunderttausend und einer Million Mal soviel wie wir es im Augenblick haben. Das sind Dimensionen, die man sich nicht vorstellen kann, höchstens, wenn man zurückblickt und überlegt, dass

man irgendwann mit 9 600 Baud – und das ist noch gar nicht so lange her – ins Netz gegangen ist und gesehen hat, wie sich die Buchstaben einzeln auf dem Bildschirm entwickelt haben. – Das waren die beiden Punkte, die ich direkt beantworten sollte.

Vorsitzender Henner Schmidt: Vielen Dank! – Herr Neumann, bitte!

Jürgen Neumann (freifunk.net): Sie hatten gefragt, warum gerade Tallinn. Das WLAN ist eine verhältnismäßig alte Technik. Es gibt sie schon seit zwanzig Jahren. Als man sie erfunden hat, gab es bereits Divisionen des mobilen Internets, aber es gab kein mobiles Internet, weil es keine mobilen Endgeräte für das Internet gab. Dann haben sich die Diskussionsstrände ein wenig vermischt. Zunächst einmal wurde WLAN quasi wie eine Richtfunktechnologie dafür eingesetzt, um stationär, d. h. nichtbewegliche Punkte miteinander zu verbinden. Man hat es als Teil einer Infrastruktur aufgebaut. Erst jetzt, in den letzten zwei, drei Jahren, gibt es wirklich mobile Endgeräte. Es gibt Telefone, mit denen man tatsächlich ins Internet gehen kann, die schnell genug sind. Erst jetzt gibt es Notebooks, die leicht, klein sind, lange Akkulaufzeiten haben, um überhaupt mobile Internetangebote nutzen zu können. In der Vergangenheit ist niemand mit seinem 5-Kilo-Notebook durch die Stadt gerannt und hat eine halbe Stunde Akkulaufzeit als einen tollen technischen Fortschritt empfunden, bei dem man sagen könnte: Das brauchen wir unbedingt!

Deswegen glaube ich, dass der Bedarf an mobilen Netzwerkinfrastrukturen rapide ansteigen wird. Wir können uns das – glaube ich – nicht vorstellen. Am Ende, wenn es denn möglich wäre – was nie sein wird –, wäre es möglich, dieselben Bandbreiten über Funktechnologien zu übertragen, ohne uns dabei gesundheitlich zu gefährden. Dann wäre das immer die bessere Technologie. Wie Sie vielleicht wissen, kostet es im Vergleich zu einer Funkverbindung sehr viel Geld, Kabel durch den Boden zu verlegen. Der Zeitpunkt, sich für WLAN zu entscheiden oder so eine Infrastruktur aufzubauen, ist nie besser als heute oder morgen, weil der Bedarf an mobiler Infrastruktur immer größer werden wird. Ich glaube, vielleicht werden andere diesem Modell folgen. Ich weiß, es gibt gerade in den neuen Ländern der Europäischen Union einige junge Länder, die eine fantastische Kommunikationsinfrastruktur mit teilweise zwanzig oder hundert MBit Fibre-to-the-home haben. Selbst sie denken jetzt darüber nach, ihre Stadt oder ihre Region zusätzlich per WLAN zugänglich zu machen, gerade weil sie so eine gute Grundversorgung haben und weil sie sich wünschen dass das Angebot auf der Straße, im öffentlichen Raum vorhanden ist, weil sie ja jetzt die mobilen Endgeräte haben, mit denen sie dieses Angebot nutzen können. Ich bin der Überzeugung, dass wir in der Zukunft sehen werden, dass in anderen Städten und Regionen ein zusätzliches Angebot an öffentlich zugänglichen WLAN- oder vergleichbaren Funkinfrastrukturen entstehen wird. Die Bundesnetzagentur hat leider weitere Frequenzen versteigert. Der Zeitpunkt hat auch etwas damit zu tun, dass sich Technologien treffen.

Zu der Frage, was sich der Senat oder ich mir unter anderem wünschen würde. Es ist ein politisches Thema, dass WLAN die einzige lizenfreie Kommunikationsinfrastruktur ist. Das bedeutet, dass private Menschen einfach WLAN-Access-Points benutzen können, dass sie sich per Funknetz miteinander verbinden können. Das ist in keinem anderen Frequenzspektrum möglich. Wenn es dazu kommt, dass dieser öffentliche Raum, der dadurch entstanden ist, dass es die einzige öffentlich nutzbare lizenfreie Infrastruktur ist, von einer Stadt mit einem Partner, mit einem Anbieter einer Firma, erschlossen wird, dann würde ich mir wünschen, dass in diesem Netzwerk zumindest eine Schnittstelle vorhanden ist, die es ermöglicht, dass sich die Bevölkerung selbstständig mit diesem Netzwerk verbinden kann. Da sind wir bei Rahmenbedingungen, die Sie schaffen könnten und sollten, nämlich zu sagen: Wir benutzen in diesem Netzwerk einen offenen Meshing-Standard, und wir beschreiben, wie jemand, dieses Netzwerk kommerziell aufbaut – gleich, ob das einer oder mehrere sind. Wir regeln also die Rahmenbedingungen. Das genau sehe ich als Aufgabe der Politik an. Das würde ich mir von Ihnen wünschen. Ich würde es absolut komisch finden, wenn mit der Unterstützung der Stadt oder des Senats in dem einzigen lizenfreien Raum ein Wirtschaftsunternehmen ein Netzwerk schaffen könnte, was dann wiederum eine geschlossene Veranstaltung ist. Da würde ich sagen: Von solch einem Wirtschaftspartner würde ich erwarten, dass er die gesamte Stadt vernetzt. Andernfalls, wenn er das nicht schafft – von mir ausgehen würde, weil er dazu wirtschaftlich nicht in der Lage sein dürfte, weil es auch nicht sinnvoll ist, das so zu machen –, wünsche ich mir, dass diese Technologie eine Keimzelle ist, dass es ein Multiplayerspiel ist und dass auch ich mich letztendlich als Bürger dieser Stadt in Eigeninitiative an dieses Netz anschließen kann. Das wäre meine politische Bitte. Es gibt noch viel mehr, aber das ist ein sehr wichtiger Punkt.

Der letzte Punkt: Sie haben gefragt, ob es Gespräche mit dem Senat gegeben hat. Ja, die hat es gegeben, Herr Pemp sitzt da. Es hat auch Gespräche mit Frau Walther gegeben. Wir haben uns bereits zwei Mal getroffen. Aus meiner Sicht hatten wir ein sehr gutes Gespräch. Es ist meiner Auffassung nach nicht daran gescheitert, dass wir nicht miteinander geredet haben, sondern dass die Idee, die Konstruktion, dass man diese Aufgabe einem Unternehmen übertragen möchte, dass das der Konstruktionsfehler ist. Ich glaube, dass das nie funktionieren wird.

Noch zuletzt, bezogen auf Ihren Beitrag: Der Wandel der Geräte, der Technologiewandel, ist enorm. Wenn ich heute einen Access-Point installiere, ist er, ähnlich wie andere Computergeräte, morgen veraltet. Das heißt, es gibt schnellere, bessere Standards, es ist ein permanenter Wandel. Er vollzieht sich ungefähr alle zwei bis fünf Jahre, d. h., wenn ich als Firma mehrere tausend Access-Points aufbaue, kann ich gleich anfangen, sie wieder durch neuere Access-Points zu ersetzen, wenn ich an einer Stelle denke, ich bin fertig, weil ein neuer, nächster Standard entstehen wird. Deshalb glaube ich – noch einmal! –, dass es nie möglich sein wird, eine Fläche wie die Stadt Berlin ohne die Beteiligung der Bevölkerung privatwirtschaftlich mit WLAN zu versorgen. – Das war dann mein Schlussstatement. – Vielen Dank!

Vorsitzender Henner Schmidt: Danke sehr! – Zum Schluss der Senat, Herr Staatssekretär Freise, bitte!

Staatssekretär Ulrich Freise (SenInnSport): Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Dr. Wohlrab und Herr Neumann! – Ich will es noch einmal unmissverständlich sagen, anknüpfend an das, was Sie, Herr Birk, für die Zukunft als Vision, Idee oder Ziel formulieren – ich weiß das nicht genau –, dass wir in einigen Jahren unter jedem Birnbaum sitzen und dort frei kommunizieren können und dass ich das noch erlebe. Erstens wünsche ich mir das auch, dass ich das noch erlebe, und zweitens kann ich mir das auch vorstellen.

Die Fragestellung, die hier im Raum steht, ist: Was hat der Staat – in unserem Land der Senat als staatliche Behörde – für eine Gewährleistungsfunktion gegenüber der Idee und der Umsetzung dieser Vision? Die Unterscheidung überlasse ich dem Altbundeskanzler – den Spruch kennen Sie auch –: Ich hoffe, dass es eine Idee und keine Vision ist.

Ich will noch einmal sagen: Es ist – und ich bin überzeugt davon, dass es eine gute Regelung – in unserem Grundgesetz niedergeschrieben, wer in dieser Frage welche Funktion hat. Der Staat soll es nicht machen, der Senat im Übrigen schon gar nicht, weil in dem von mir eben zitierten Artikel des Grundgesetzes eine weitere Zuständigkeit staatlicher Organisationen niedergelegt ist. Wenn Rahmenbedingungen geschaffen werden, auf die Sie gerade noch einmal hingewiesen haben, dann ist es eine Bundesaufgabe. Es ist keine Länderaufgabe. Das steht im selben Artikel. Das heißt also, hier kann sich nicht irgendwo ein Land rechtliche Rahmenbedingungen ausdenken, unter denen man das macht. Wenn hier überhaupt Gewährleistungsfunktionen eine Rolle spielen, dann sind es staatliche auf der Bundesebene. Ich bin bereit, das Thema weiter zu verfolgen, auch mit den Kollegen auf der Ebene IT-Planungsrat oder ähnlichen Gremien. Ich will deutlich machen, dass es mir nicht darum geht, diese Idee nicht faszinierend zu finden. Ich habe als Mitglied des Senats noch eine andere Gewährleistungsfunktion. Sie liegt darin, dass die Möglichkeiten solcher Technologie, solcher Zukunftsvision, gegenüber anderen Dingen, die uns ebenso wichtig sind, gegengespiegelt werden.

Frau von Stieglitz, Sie haben das ja noch einmal angesprochen, deswegen habe ich vorhin darauf hingewiesen – Herr Neumann hat dankenswerterweise darauf reagiert und hat einige Sicherheitsaspekte betont. Ich greife diesen Sicherheitsaspekt noch einmal auf. – Herr Neumann! Es geht nicht nur darum, dass ich den Access-Point schützen, sondern sozusagen auf der Endgeräteebene die Sicherungssysteme installieren muss. Unser Rechtssystem hat – ich glaube, ich würde dabei von der Union und von Ihnen, Herr Birk dabei Unterstützung erfahren – noch einen anderen Vorbehalt gemacht. Nicht nur der Inhalt dessen, was auf meinem Gerät ist und was ich an irgendein Endgerät verschicke – dazwischen kann das keiner lesen, weil die Sicherheitssysteme am richtigen Platz sind –, nicht nur die verbotene Kinderpornografie auf meinem Gerät und dem des Empfängers ist unter Strafe gestellt, sondern auch die Ermöglichung des Vertriebs. Da sind wir wieder bei dem Access-Point. Wenn ich sozusagen ein Netz zur Verfügung stelle, in dem diese Inhalte transportiert werden – und das ist auch die Bundesgerichtshofentscheidung –, halte ich es künftig für vertretbar, dass ich ein Netz zur Verfügung stelle, bei dem ich nicht verantwortlich dafür bin, welche Inhalte darauf transportiert werden,

weil ich mich mit den Inhalten nicht identifiziere und auch nichts damit zu tun habe. Dann müssen wir aber eine andere Rechtsform im Strafrecht finden, denn das ist eine strafrechtliche Fragestellung, die wir im Moment haben. Ich sage nicht, dass wir das Problem nicht lösen können, aber da müssen wir uns erst einmal dieser Problemlösung widmen.

Im Übrigen, Herr Dr. Wohlrab, es ist ja so, dass die Provider verantwortlich sind. Wenn wir dort Inhalte haben, und ein Provider wird von uns angesprochen, dann hat er dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechenden Seiten verschwinden. Das ist heute die Rechtslage, die Provider sind nicht außen vor. Übrigens ist das sehr schwierig, denn im World-Wide-Web haben Sie die Provider sonst wo sitzen und kommen nicht an sie heran. Das ist ein Problem, über das Ihnen auch das BKA einen interessanten Vortrag halten könnte. Das, was wir sozusagen strafrechtlich unter Sanktion stellen, können wir an vielen Stellen überhaupt nicht verhindern. Ich sage noch einmal: Bei aller Faszination für Zukunftstechnologie sollten wir nicht vergessen, dass aus den eigenen Reihen – ich sage mal aus Ihren Reihen, Herr Birk oder aus den Reihen der Union – andere Zielvorgaben gemacht werden, die in einer gewissen Kollision mit diesem frei verfügbaren Netz und dem freien Vertrieb über dieses Netz stehen. Unsere Aufgabe ist es, darauf zu achten. Ich bin sofort dabei, mich dieser Vision anzuschließen, ich möchte das eigentlich auch gern haben, ich finde das eine faszinierende Idee, die uns Herr Neumann vorgestellt hat. Es ist auch nicht so, dass wir uns den Gesprächen darüber verschließen, das haben Sie gerade auch gehört. Wir haben aber dabei ein paar Probleme zu lösen.

Vorhin sind einige wirtschaftliche Probleme angesprochen worden. Das sind technische oder rechtspolitische Fragestellungen, die wir lösen müssen. Insofern sage ich von mir aus: Ich trage diese Thematik und diese Idee gern in die Gremien, in denen wir möglicherweise solche planungsrechtlichen bzw. strafrechtlichen, vertriebsrechtlichen Thematiken besprechen und vielleicht auch lösen könnten. Ich sage voraus, dass wir uns nicht versagen werden, weder die Wirtschaftsverwaltung noch ich in meiner Funktion als IT-Staatssekretär, solche neuen Ansätze bürgerschaftlichen Engagements zu unterstützen. Ich bleibe aber dabei: Wir haben noch eine andere Gewährleistungsfunktion, nämlich die möglichen Interessenkonflikte zu lösen.

Vorsitzender Henner Schmidt: Danke, Herr Staatssekretär! – Ich bedanke mich im Namen des Ausschusses bei Ihnen, Herr Dr. Wohlrab, bei Ihnen, Herr Neumann, nicht nur, weil Sie unsere vielen Fragen beantwortet und zahlreiche Informationen vermittelt haben, sondern auch noch zum Schluss konkrete Bitten an die Politik formuliert haben. Das ist genau das, was wir aus solch einer Anhörung herausziehen wollen. – Vielen Dank! – Damit hat die Besprechung ihre Erledigung gefunden.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.